

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Anschaffung im Voraus für Groß-Berlin oder bei direktem Bezug ohne Beleggebühr monatlich 2.— M., bei Zustellung unter Streifenband 2.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postzustellung für 1919 eingetrag.

Interessenten senden die Adresskarte, Kompartimentskarte oder deren Raum 1,20 Mk., Monatszettel des letzten Monats Wert 20 Pf., jedes weitere Wert 20 Pf., Leasingzettel 10 Pf. Bei Familien- u. Dienstverhältnissen ist der Zuschlag fort. Inquirieren für den bezugsfolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10. Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Der Kampf um die Arbeiterrechte.

Beschlüsse der Groß-Berliner Arbeiterräte.

Ablehnung der Wahlordnung des Zentralrats.

Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte vom 2. September 1919 lehnt es ab, sich an den Arbeiterwahlen zu beteiligen, wie sie vom Zentralrat ausgeschrieben werden. Maßgebend dafür sind folgende Gründe:

Die Wahlordnung des Zentralrats trägt in keiner Weise der im zweiten Vorkriegsjahr veränderten Situation Rechnung. Sie ist nicht geeignet, ein proletarisches-revolutionäres Rätesystem mit dem Ziel einer praktischen Durchführung des Sozialismus herbeizuführen. Der Zentralrat läßt die Arbeiterschaft völlig im Unklaren über den Wirkungsbereich und die Rechte, die die Arbeiterräte in Produktionsprozesse oder in der Verwaltung erhalten sollen. Die Wahlordnung der technischen Unbefähigten der Wahlordnung des Zentralrats ist diese nur geeignet, Verwirrung in die Reihen der Arbeiter zu tragen und allen Maßnahmen der Rätefeinde Vorschub zu leisten.

Die Vollversammlung warnt daher die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands vor der unklaren und verwerflichen Wahlordnung des Zentralrats ebenso wie vor dem Versuch, ein solches Rätesystem, das die Regierung und das Parlament der Arbeiterschaft aufzwingen wollen. Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte erwartet von dem Zentralrat Deutschlands, daß es sich allen Verfolgungen zum Trotz zu einer Räteorganisation bekümmert, die das revolutionäre Sozialistengesetz und dem Sozialismus auf dem schnellsten Wege zum Siege führt.

Diese Resolution soll der nächsten Konferenz der Betriebsräte als die Stellungnahme der Berliner Arbeiterräte zur Annahme unterbreitet werden.

Für den rechtmäßigen Vollzugsrat.

Der Zentralrat hat in seiner Erklärung dem rechtmäßigen Vollzugsrat der Arbeiterräte Groß-Berlins die Anerkennung verweigert. Er empfiehlt den Behörden und Arbeiterräten Groß-Berlins den abgepaltenen Vollzugsrat als die einzige legitime Instanz der Groß-Berliner Arbeiterbewegung. Damit hat sich der Zentralrat offen als Bundesgenosse der ganzen rätefeindlichen Front, des kapitalistischen Unternehmertums, des im Bürgererrat organisierten reaktionären Unternehmertums, der verstaatlichten Staatsbürokratie und die Militärdiktatur eines Rades bemächtigt.

Durch seine Erklärung schlägt der Zentralrat den demokratischen Grundgesetzen ins Gesicht, für deren Einhaltung einzutreten er verspricht. Nach diesen Grundgesetzen kann nur der Vollzugsrat geschäftsführendes Organ der Groß-Berliner Arbeiterräte sein, der den Reichsweilken der Groß-Berliner Arbeiterräte hinter sich hat. Das ist nicht der Fall des regierungssozialistischen Vollzugsrats, der durch seine rätefeindliche Sprengungspolitik die Groß-Berliner Arbeiterbewegung zu zerschlagen versucht hat. Dadurch, daß der Zentralrat sich selbst mit diesen Schädlingen der Arbeiterbewegung erklärt, hat er sich selbst verurteilt, in Zukunft als Beauftragter der deutschen Arbeiterräte zu sprechen.

Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte fordert daher die Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins auf, nach wie vor sich hinter dem rechtmäßigen Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiterräte zu stellen und sowohl dem Zentralrat wie dem Vollzugsrat, der der kapitalistischen und militärischen Reaktion Vorschub leisten, die Gefolgschaft zu versagen.

Den Bericht über die gestrige Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte, in der diese Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden, bringen wir in der Beilage dieser Nummer.)

Wo ist Runge?

Wir sind heute gezwungen, uns selbst zu berichten. Am Dienstag Abend haben wir darüber berichtet, wie der Mörder Runge in der Gefangenschaft ergeht. Unsere Mitteilungen wurden fast von der gesamten Presse mit großem Interesse aufgenommen. Nur die „Berliner Zeitung“ hat einige neugierige Fragen an die verantwortlichen Stellen gerichtet. Und die „Deutsche Warte“ hat unsere Mitteilungen sofort unter der Überschrift: „Wo ist Runge?“ veröffentlicht. Alle anderen Blätter blieben still. Der „Vorwärts“ hat kein Wort zu diesem Skandal.

Heute müssen wir uns selbst berichten. Als wir die Mitteilungen über das fidele Gefängnisleben des Mörders Runge brachten, war der Herr Mörder schon aus dem Militärgefängnis verschwunden.

Der Mörder Runge ist vor einigen Tagen von mehreren Kapalleristen aus dem Militärgefängnis in der Scharnhorststraße abgeholt und in einem Auto fortgeführt worden.

Wir erlauben uns nunmehr die ebenso höfliche wie entscheidende Anfrage an die Regierung, ob ihr bekannt ist, wo sich jetzt Mörder Runge befindet.

Wo ist Runge?

Die Zerstörung Serbiens.

Eine Anklage gegen die Anführer des Weltkrieges.

Ohne sentimentale Einleitung! Das Gesamtvermögen Serbiens betrug 11 Milliarden Franken. Ohne Berechnung der geistigen Werte (Museen, Bibliotheken) sind durch den Krieg Werte in Höhe von 783 787 000 Franken zerstört. Und nun zum Menschenverlust!

Von der gesamten männlichen Welt kamen ums Leben volle 53 Prozent, also mehr als die Hälfte, und von der Gesamtbevölkerung von etwa 4 1/2 Millionen starben dahin rund 1 330 925!

Diese furchtbare Totenziffer setzt sich zu sammen wie folgt:

1. Vom 1. August 1914 bis September 1915 starben im Kampf oder an den Folgen der Verwundung 170 925 Mann.
2. Die Epidemie raffte hinweg 350 000 Menschen.
3. Der Rückzug im Herbst 1915 vernichtete 150 000 Mann.
4. In gleicher Zeit starben an Erschöpfung und Hunger in Albanien und auf Korfu 60 000 Mann.
5. Eine ganze Aushebung Rekruten und junger Leute starben vor Hunger in den Schneefeldern von Albanien, weil die militärischen italienischen Autoritäten sich ihrem Durst nach über Bologna und Durazzo entgegenstellten gleich 80 000 junge Leute.
6. Während dem gleichen Rückzug kamen vor Hunger und Kälte um 250 000 Zivilpersonen, Frauen und Kinder.
7. Von 200 000 internierten Soldaten kamen in Bulgarien, Oesterreich und Deutschland um 130 000 Mann.
8. Hüpfert, enthauptet, gehängt und erdrosselt wurden von allein feindlichen Mächten zusammen 60 000 Menschen.
9. In Nisch, Prokuplje und Leskovac ermordeten die Bulgaren allein weitere 40 000, meist Frauen und Kinder.
10. An der Salonikfront und in der Fremde (im Exil) starben 40 000 Soldaten.

Zusammen: 1 330 925 Menschen.

Alle diese Dinge sind belegt, es sind keine beweislosen Behauptungen.

Im Rapport des internationalen Roten Kreuzes in Genf, dessen Vertreter Serbien und Bulgarien besucht haben, heißt es in der Serie 16, Seite 11, vom August 1917:

„Zahlreiche serbische Dörfer fanden wir gerädet, verbrannt und die unglückliche Bevölkerung — Greise, Frauen und Kinder — wurde nach Bulgarien abgeführt. Dort haben wir in allen Lagern, die wir besuchten, zahlreiche serbische Zivilinternierte gefunden, beider Geschlechter und jeden Alters vom achtjährigen Kinde an bis zur 90jährigen Frau, welche noch den einzigen Trost hatte, sterben zu können in der Mitte eines Teiles ihrer Familie.“

In Jurduliga, im südlichen Teile Serbiens, entdeckte die „Internationale Kommission“, die zum Studium der Verhältnisse den Balkan bereiste, die dortigen Vergiftungen an verschiedenen Stellen förmlich angefüllt mit Leichen. Zu Tausenden wurden Männer, Frauen und Kinder auf dem Deportationswege nach Bulgarien zusammengepackt und in diese Schlachten geworfen; sie bilden nichts weiteres mehr als einen ungeheuren serbischen Friedhof.

Dies die nackten Tatsachen aus der Leidensgeschichte des serbischen Volkes. Die Toten dieses mit Blut geschriebenen Berichtes müßten mit glühendem Eisen auf die Stirne jener hochgestellten Verbrecher eingegraben werden, die von Potsdam und Wien aus den Vorstoß gegen Serbien unternahmen und damit das Unheil des Weltkrieges heraufbeschworen.

Wir wandern aus.

Von Gg. Engelbert Graf.

Hunderttausende unseres Volkes tragen sich mit dem Gedanken, ihr Bündel zu schnüren und der Heimat den Rücken zu kehren, um irgendwo draußen in der Fremde ihr Glück zu versuchen. Das Gespenst des Auswandernmüssens geht um; es hat in weiten Volkskreisen bereits eine derartige Wirkung ausgeübt, daß man fast schon von einer Auswanderungspsychose sprechen könnte, wenn die Dinge nicht wirklich gar so ernst lägen.

Es ist wahr, Deutschland befindet sich in einer verweirten Lage. Viereneinhalb Jahre Weltkrieg haben es bis auf den Grund ausgehöhlet, und dem Vampyr Militarismus solaten die Leichenwürmer Koskes. Die wirtschaftlichen Folgen des Zusammenbruchs und des Vertrags von Versailles machen sich kaum erst in ihren Anfängen bemerkbar, und schon erscheint die Krise, in der wir uns befinden, unlösbar. Durch den Frieden ist die landwirtschaftlich nutzbare Fläche Deutschlands in weit stärkerem Maße vermindert worden als die Zahl der Bevölkerung, überaus ist der Boden durch den fortgesetzten Aushub erschöpft, und an Kredit für die Beschaffung der aller nötigsten Nahrungsmittel und sonstigen Bedarfsartikel fehlt es. Als einzige mögliche und radikale Lösung dieses Problems erhebt den meisten die Auswanderung, Auswanderung in einem Umfang, wie die Weltgeschichte bisher sie noch nie gesehen. Man spricht von 15 bis 25 Millionen Menschen, die auswandern müßten, um selbst am Leben zu bleiben und um den Zurückbleibenden ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen. Das sind also phantastische Zahlen. Man mache sich doch einmal klar, daß zur Beförderung einer solchen Masse nach Übersee etwa 25 000 Dampferfahrten mit modernen Auswandererdekken nötig wären; daß eine solche Auswanderung notwendig eine schwere Erkrankung des gesamten Volkskörpers nach sich ziehen müßte. In dem Jahrzehnt 1881—1890 war die Auswanderung aus Deutschland am stärksten; sie betrug aber in dem gesamten Jahrzehnt wenig mehr als 1,3 Millionen; von 1881 bis 1914 wanderten aus Deutschland im ganzen etwa 2 1/2 Millionen aus. Und nun sollen womöglich in ebensoviel Monaten als seitdem Jahren zehnmal soviel Menschen die Heimat verlassen! Unmöglich!

Das Problem ist ernst, und seine Lösung muß sofort in Angriff genommen werden. Auswandereragenten beginnen seit Wochen schon in Stadt und Land ihr Unwesen zu treiben. Die Auswandererschiffe sind auf Monate hinaus schon belegt, und nur durch Schieben und Schmiererei sind Plätze auf ihnen zu erhalten; es müssen z. B. für ein Billett Rotterdam—Buenos-Aires, dessen Preis etwa 200 Gulden beträgt, 4000 Mark gezahlt werden. Reiche Leute, die in besonders großer Anzahl das Land verlassen, zahlen natürlich entsprechend mehr, die Milliarden waren es ja bekanntlich, die zuerst der Heimat Lebenswohl gesaft haben.

Daß wir in Deutschland an einem Menschenüberfluß leiden, ist unbestreitbar. Die Volksdichte ist infolge Abtrennung großer agrarischer Bezirke gestiegen und wird etwa 130—140 Einwohner auf einen Quadratkilometer betragen; für die allzu zahlreiche Bevölkerung bietet jedoch die Industrie keine ausreichende Beschäftigung. Bei dem Mangel an Rohstoffen und Abzugsmöglichkeiten, bei der Unsicherheit der welt- und innerpolitischen Verhältnisse und der chronischen Verelendung werden wir in diesem Winter in Deutschland mit Arbeitslosen rechnen müssen, die nicht nach Hunderttausenden, sondern wahrscheinlich nach Millionen zählen werden. Kein Wunder, daß viele das einzige Heilmittel in einer möglichst intensiven Abwanderung und in einer starken Gerabehung der Volksdichte auf 75, wie sie z. B. Frankreich aufweist, sehen. Die Gesundung des Volkskörpers soll dann vornehmlich durch bäuerliche Kleinbesitzungen, durch Abkehr zu intensiver Agrarwirtschaft vor sich gehen; wobei allerdings nicht verschwiegen werden darf, daß in einem derartig industrialisierten Land die Siedler, d. h. die bäuerliche Agrarwirtschaft wirtschaftlich, bevölkerungspolitisch und kulturell einen Rückschritt darstellt.

Auf jeden Fall wird die Auswanderung in der nächsten Zukunft einen großen Umfang annehmen, einerlei, ob diese Erkennung zu begrüßen ist oder nicht. Aber sie wird nicht auf Deutschland beschränkt bleiben; man kann es sogar sicher betrachten, daß sie in allen vom Krieg betroffenen Ländern Platz greifen wird.

Es werden nicht die schlechtesten Elemente sein, die den Staub der Heimat von den Höhen schütteln; das ist für jedes Land die unannehmbare Beigabe. Die fähigsten Köpfe, Leute, gesund an Körper und Geist, anpassungsfähig, unternehmungslustig, unabhängig, vorurteillos, energiegelad, kräftige, robuste Naturen, die sich auch zu Hause im Daseinskampfe nicht hätten unterwerfen lassen, solche haben am ehesten Aussicht, in der Fremde Wurzel zu fassen und hoch zu kommen. Schwächlinge bringen meistens die Energie zur Auswanderung gar nicht erst auf. Vielleicht wird es weniger die quantitative, als die qualitative Wertverminderung sein, die das zukünftige Deutschland bevölkerungspolitisch niederhalten wird. Mindestens müßten wir darauf bedacht sein, daß die besten Kräfte dem Lande nicht dauernd verloren gehen.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Auswanderung nicht die Form einer Daueransiedlung im Auslande annimmt. In verschiedenen Ländern hat sie sich schon seit einer Reihe von Jahren mehr als eine Art wirtschaftliches Landbeschäftigungsmittel als Welfschöpfungsbühne erwiesen. Von den europäischen Völkern haben vornehmlich die Italiener diese Art Auswanderung gepflegt; anders wären die übermäßig hohen jährlichen Auswanderungszahlen dieses agrarisch verwahrscheinlichen und industriearmen Landes nicht zu erklären. Im Jahre 1912 betrug die Zahl der italienischen Auswanderer über 700 000, d. h. mehr als 2 Prozent der Bevölkerung; über davon führte der größte Teil nach einigen Monaten oder Jahren wieder in die Heimat zurück. Wahrscheinlich wird in aller nächster Zeit schon auch der Deutsche auf diesem Weltproletariatmarkt erscheinen. Anjänge dazu sind bereits verschiedentlich zu bemerken. Die Seereschwerfkräften und andere industrielle Werke der seither feindlichen Länder, besonders Japan und die Vereinigten Staaten, bewähren sich schon seit Monaten, deutsche Vorarbeiter, Techniker, Ingenieure auf längere oder längere Zeit vertraglich an sich zu fesseln. Auch die Verpflichtung zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, die wir Frankreich gegenüber übernommen haben, läuft auf eine zeitlich begrenzte Auswanderung hinaus. Große Hoffnungen darauf dürfen sich allerdings die deutschen Arbeitslosen nicht machen. Der Wiederaufbau wird sich zu einem kapitalistischen Geschäft ausweiten, das die mindestmöglichen Löhne zahlen wird, um den größtmöglichen Profit zu erzielen; und man wird nach der Demobilisierung die Arbeitslosen des eigenen Landes, wie die billig arbeitenden Italiener und die noch in sehr großer Anzahl in Frankreich zurückgebliebenen Chinesen als Lohnbrücker zu verwenden wissen. Höchstens deutsche Qualitätsarbeiter werden in nennenswerten Mengen von den Franzosen herangezogen werden.

Ein viel lohnenderes Arbeitsfeld als der Westen wird für auswandernde deutsche Arbeiter der Osten bieten. Rußland; und zwar ganz gleich, welches das politische Schicksal Rußlands sein wird. In Frankreich ist immerhin nur ein Teil, in Rußland ist das ganze Wirtschaftsleben, der gesamte Verkehr zerrüttet. Hier muß ein Neuaufbau von Grund aus erfolgen. Nationale Kleinwirtschaft in modernen Großbetrieben und Genossenschaften, rationell betriebene industrielle Werke ohne den Raubbau und die Schlußbrigkeit der zaristischen Zeit und weitverzweigte Verkehrsrichtungen zu Wasser und zu Lande, Straßen, Eisenbahnen, Kanäle, Flugregulierungen, Gasbauten, das sind Aufgaben, an die in Rußland sobald als irgend möglich verangetreten werden muß, nicht allein im Interesse Rußlands, sondern auch in dem Gesamtinteresse Europas, das in der Folgezeit wieder von ihm mitverortet werden will. Das nötige Menschenmaterial hierzu, Arbeiter jeder Art, Ingenieure, Gelehrte, Organisatoren, Beamte kann am schnellsten und zweckmäßigsten Deutschland liefern; und der deutsche Arbeiter wird gern die Gelegenheit ergreifen, auf diese Weise Land und Leute kennen zu lernen.

Für die Daueransiedlung Auswanderungslustiger dürfte draußen wenig Raum sein. Der Siedlungsraum für den Europäer ist an sich recht beschränkt; die Tropen kommen dafür so gut wie gar nicht in Betracht; nur der Südländer vermag sich hier zu Rot zu akklimatisieren. Für den Arbeiter ist eine Ansiedlung in den Tropen schon aus dem Grunde ausgeschlossen, weil hierzu ganz erhebliche Kapitalien gehören würden, wie sie heute nur einem Kriegsgewinnler zu Gebote stehen. Diejenigen Länder jedoch, in denen eine Ansiedlung möglich ist, haben zu einem großen Teil sämtlichen Einwanderern oder wenigstens solchen, die aus dem Gebiet der Mittelmächte stammen, ihre Pforten für längere Zeit verschlossen; z. B. Kanada, die Vereinigten Staaten, Neu-Seeland, Australien, Südafrika. Offen stehen den Auswanderern noch die südamerikanischen Staaten, von denen Argentinien und Chile die meiste Aussicht auf Erfolg bieten, ferner Mexiko und später vielleicht Teile von Rußland, Sibirien, Transkaspien. Jedoch ist in allen diesen Ländern durchaus nicht für all und jeden Platz. In dieser Hinsicht kann nicht oft und ernstlich genug gewarnt werden. Die größten Chancen haben stets tüchtige Landwirte mit Kapital und in möglichst vielen Dingen gerechte Qualitätsarbeiter, z. B. praktische Chemiker, Mechaniker, Schlosser, Maschinenbauer und dergleichen.

Auch für sie ist die Auswanderung meist ein Sprung ins Dunkle, der nur gar zu oft vorbei gelangt. Gerade aus diesem Grunde wäre es dringend notwendig, daß die Auswanderung in geregelte Bahnen geleitet würde. Bisher wird sie als Geschäft betrieben, streupflos und nur mit Rücksicht auf den Profit. Wenn staatlicherseits nicht eingegriffen werden will oder kann, sollten wenigstens die Auswanderer selbst sich zu Gemeinschaften zusammenschließen, sollten umfassende Gefundigungen, eventl., wie es russische Auswanderer in Sibirien zu tun pflegen, durch voranspendende Grundbesitzer einziehen, sollten sich so gut als irgend möglich in sprachlicher, wirtschaftlicher und technischer Weise vorbereiten, um Fehlchancen zu entgehen.

Vor allem aber sollen die Auswanderer vermeiden, sich irgendwelcher Illusionen hinzugeben. Im Ausland wird auch nur mit Wasser getrunken. Man kann es draußen zu etwas bringen und als gewachter Mann heimkehren; das ist wahr. Aber die Ausbeutung ist noch nirgends in der Welt abgeschafft. Selbst der Traum vom freien Farmerleben in Wildwest ist nur eine Fiktion; der freie Farmer existiert nicht mehr, an seine Stelle ist der Pächter getreten, ein Lohnknecht des agrarischen Großkapitals, der loyal etwa dem Landarbeiter hierzulande entspricht. Auch über das sozialistische Niveau der Arbeiterkraft in den Auswanderungsgebieten wird der deutsche Arbeiter enttäuscht sein. Dort ist noch Hochkonjunktur für den Kapitalismus. Bollends

muß man warnen vor kommunistischen Experimenten kleineren Umfangs. Sie sind bisher sämtlich nach kürzerer oder längerer Zeit gescheitert.

Am zweckmäßigsten wäre — und das würde die Kritik sofort erträglich machen — eine intereuropäische Regelung der Auswandererfrage durch die am meisten in Mitleidenschaft bezogene Arbeiterklasse selbst. Eine internationale sozialistische Kommission müßte für den Austausch freierwerdender Arbeitskräfte und für die Gesamtorganisation der proletarischen Auswanderung Sorge tragen. Aber — so weit scheint es vorläufig doch noch nicht zu sein.

Eine Drohnote der Entente.

Der deutschen Regierung ist am 2. September folgende Note zugegangen:

Die alliierten und assoziierten Mächte haben von der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 Kenntnis genommen. Sie stellen fest, daß die Bestimmungen des Artikels 61 Abs. 2 eine förmliche Verletzung des Artikels 80 des in Versailles am 28. Juni 1919 unterzeichneten Friedensvertrages enthalten. Diese Verletzung ist doppelter Art:

1. In dem Artikel 61 die Zulassung Oesterreichs zum Reichsrat ausdrückt, steht er diese Republik den das Deutsche Reich bildenden „Deutschen Ländern“ gleich — eine Gleichstellung, die mit der Wahrung der österreichischen Unabhängigkeit nicht vereinbar ist.

2. Indem er die Teilnahme Oesterreichs am Reichsrat zuläßt und regelt, schafft der Artikel 61 ein vollständiges Band zwischen Deutschland und Oesterreich und eine gemeinsame politische Verbindung in vollkommenem Widerspruch mit der Unabhängigkeit Oesterreichs. Die alliierten und assoziierten Mächte erinnern daher die deutsche Regierung an den Artikel 178 der deutschen Verfassung, wonach die Bestimmungen des Vertrages von Versailles durch die Verfassung nicht berührt werden können und fordern die deutsche Regierung auf, die gebührenden Maßnahmen zu treffen, um diese Verletzung unverzüglich durch Kraftübertragung des Artikels 61 Abs. 2 zu beseitigen.

Unter Vorbehalt weiterer Maßnahmen für den Fall der Verletzung und auf Grund des Vertrages selbst (namentlich des Artikels 429) erklären die alliierten und assoziierten Mächte der deutschen Regierung daß diese Verletzung ihrer Verpflichtungen in einem wesentlichen Punkte die Mächte zwingen wird, unmittelbar die Aussetzung ihrer Befehle auf dem rechten Ufer anzuordnen, falls ihre gerechte Forderung nicht innerhalb 14 Tagen, vom Datum der vorliegenden Note gerechnet, erfüllt ist.

Diese Forderungen der Entente müssen als unberechtigt bezeichnet werden. Die in der Note der Alliierten angezogene Bestimmung der Verfassung kann jedenfalls nicht die Veranlassung dazu bieten, eine so scharfe Drohung gegen Deutschland auszusprechen. Es heißt darin, daß Oesterreich nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich das Recht der Teilnahme am Reichsrat mit der seiner Bevölkerung entsprechenden Stimmzahl erhalten soll. Bis dahin sollen die Vertreter Deutsch-Oesterreichs beratende Stimme haben. Die Note der Entente zeigt wiederum, was das Verbot von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker wert ist, wenn es in die Gut kapitalistischer Regierungen gelegt wird.

Offiziös wird mitgeteilt, daß die deutsche Regierung antworten werde, sie könne nicht allein eine Verfassungsänderung vornehmen, es müsse vielmehr ein Beschluß der Nationalversammlung dazu herbeigeführt werden. In der kurzen Frist, die von der Entente angefordert worden ist, könne ein solcher Beschluß nicht herbeigeführt werden. Im übrigen sei eine Verfassungsänderung nicht notwendig, da nach Artikel 178 die Bestimmungen des Friedensvertrages durch die Verfassung nicht berührt werden können. Es genüge die Erklärung, daß Artikel 61, Absatz 2, solange außer Kraft bleibe, bis der Rat des Völkerbundes zu der Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland Stellung genommen habe. Es konnte also weiter nichts in Frage, als eine authentische Interpretation des Artikels 61 der Reichsverfassung.

Einige Blätter verlangen von der Regierung, daß sie eine Hauptnote und die von der Entente verlangte Abänderung der Verfassung nicht zugestehen. Trotzdem wir die Forderung der Alliierten für unberechtigt halten, erwarten wir, daß die Regierung eine solche unpolitische Demonstration nicht befolgt, sondern eine friedliche Lösung des Konflikts herbeizuführen sucht.

Die militärische Kontrollkommission für Deutschland.

Am Freitag trifft die neue militärische Kontrollkommission des Verbandes, die die Ausführung der militärischen Bestimmungen des Friedensvertrages überwachen soll, in Berlin ein. Sie besteht aus 60 Offizieren (5 belgischen, 18 englischen, 1 amerikanischen, 23 französischen, 7 italienischen und 6 japanischen) und 12 Palmetriern. Den Vorsitz führt der französische General Koller, in der Abteilung für Luftverträge der englische General Walkerman, in der Marineneubildung der englische Admiral Garton.

Koste möchte gern — aber die Entente will nicht.

Zu den Neuerungen des Reichswehrministers Koste in Darmstadt über den Ausbau der Verminderung der Wehrmacht erfahren die V. V. K., daß der Minister, die ihm unterlegten Neuerungen in diesem Sinne nicht getan. Er hat vielmehr erklärt, es müsse ein solcher Ausbau im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung angeordnet werden und der Entente gegenüber auf eine Abänderung des Friedensvertrages in diesem Punkte gedrungen werden.

Es muß Bekremden erregen, daß die Rede Koste, deren Wortlaut am 11. August durch Wolffs Bureau verbreitet wurde, drei Tage später durch ein anderes bolschewistisches Nachrichtenbureau „sorgfältig“ wird. Bei so wichtigen Fragen, wie die Erhaltung oder Herabsetzung der Seereschiffe, könnte man wohl verlangen, daß der Öffentlichkeit das Räthsel der offiziellen Nachrichtenstellen erwartet bleibt.

Die Bedingungen für Oesterreich.

Den weiteren Mitteilungen aus der Antwort der Entente entnehmen wir nach folgenden Einzelheiten:

Die finanziellen Bedingungen.

Von den beantragten Forderungen werden die folgenden gefordert: Nicht durch Taxis repräsentierte Schulden, die aus der Erwerbung von Eisenbahnen oder anderen Vermögenswerten entstanden sind, werden wie die hypothekierten Schulden behandelt. Kein Staat, an den Gebiete Oesterreich-Ungarns fallen, kann an den anderen Ansprüche aus dem Titel der Kriegsschulden erheben, die ihm oder seinen Staatsangehörigen gehören. Im übrigen bleiben die Bestimmungen über die Staatsschulden unangetastet. Auch an dem Artikel über die Zahl und die Verteilung von Reparationen wird nichts geändert. In der Antwort wird behauptet, die Reparationskommission werde diese Bestimmungen handhaben, daß der Zusammenbruch des Kredit-systems vermieden werden kann.

In den ökonomischen Bedingungen

wird die Einseitigkeit der Weisbegünstigung für drei Jahre aufrechterhalten. Es wird vorgelesen, daß besondere Verhandlungen über die Lieferung von Kohlen an Oesterreich und die Lieferung von Rohmaterialien von Oesterreich an den tschechoslowakischen und polnischen Staat getroffen werden. Diese Staaten werden drei Jahre lang überhaupt keine Gebühren auf die Kohlen und Kohlen und Deutsch-Oesterreich legen und die Befreiung einer bestimmten Menge von Kohlen gestatten, die durch die Reparationskommission bestimmt wird, wenn keine Einigung zwischen den Regierungen zustande kommt.

Am Abschnitt „Schulden“ wird das Jugoslawienproblem, daß rückständige Zinsen der Schulden der deutschösterreichischen Regierung von Oesterreich nur in dem Verhältnis bezahlt werden, in dem diese Vorkriegsschulden auf den neuen Staat fallen. Es werden ferner bezüglich des Umrechnungskurses folgende Bestimmungen getroffen: Im Verhältnis zu dem neu gegründeten polnischen und tschechoslowakischen Staat werden die Währung und Umrechnungskurse für die Zeit, die durch die Reparationskommission bestimmt, wenn die alliierten Staaten sich nicht vorher über diese Fragen einig sind, dem Vorbehalt dieser Vorkommission sind die Schulden der Angehörigen des früheren österreichischen Staates in der Währung des Staates zu zahlen, dessen Staatsbürger der Angehörige des früheren österreichischen Staates geworden ist, wobei der Umrechnungskurs nach dem durchschnittlichen Kurs der Oesterreichischen Währung der zwei dem 1. November 1918 vorausgehenden Monate bestimmt wird.

Die Verträge zwischen den Angehörigen der früheren Monarchie bleiben in Kraft; außerdem werden die Verträge über die Lieferung von Waren zur See, die vor dem 1. Januar 1917 abgeschlossen sind, diese Verträge werden annulliert, soweit nicht schon Lieferungen oder Zahlungen stattgefunden haben. Die öffentlichen Versicherungsanstalten haben Anteil an ihren Fonds in Werten herauszugeben, die tatsächlich besitzen. Eine besondere Kommission aller beteiligten Staaten wird die näheren Bedingungen festlegen.

Im Verkehrsvertrage

wird die Einseitigkeit der Weisbegünstigung und Vorteile für drei Jahre verlängert, gegenüber den Staaten, denen Vorteile der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie übertragen werden, wird die Einseitigkeit der Weisbegünstigung gelassen und die Regiprospekt in bezug auf die Gebiete der Monarchie festgelegt. Das Eisenbahnmateriale soll rationaler und gerechter Weise liquidiert werden. An der Verteilung der Vinnenschiffe durch die von den alliierten Staaten zu bestimmenden Schiedsrichter wird gehalten. Diese Schiedsrichter werden auch alle Streitigkeiten über das Eigentum an den Donauschiffen zu ersth den alliierten Staaten und gerechter Weise liquidiert werden. An der Verteilung der Vinnenschiffe durch die von den alliierten Staaten zu bestimmenden Schiedsrichter wird gehalten. Diese Schiedsrichter werden auch alle Streitigkeiten über das Eigentum an den Donauschiffen zu ersth den alliierten Staaten und gerechter Weise liquidiert werden. An der Verteilung der Vinnenschiffe durch die von den alliierten Staaten zu bestimmenden Schiedsrichter wird gehalten. Diese Schiedsrichter werden auch alle Streitigkeiten über das Eigentum an den Donauschiffen zu ersth den alliierten Staaten und gerechter Weise liquidiert werden.

Der Artikel, durch den der tschechoslowakische Staat erachtet wird, füge über das österreichische Gebiet nach Schloß-Verträgen, hat keine Anwendung. Auf den Donau-Kanal wird dasselbe Regime wie auf den Rhein-Donau-Kanal angewendet werden. Der Punkt, in dem Kommissionen die Höhe der Abgabe eine Verteilung zu erhalten, wird geglättet. Die Frage, ob auch Tron, Faxe und Tö, ist dem internationalen Regime zu unterwerfen seien, wird einem späteren Zeitpunkt vorbehalten. Eine besondere Schlichtungsstelle ist, daß in allen Fällen, in denen eine besondere Vereinbarung zwischen den interessierten Staaten vorgelegen hat, die sich heraus ergeben sollten, solange die alliierten und assoziierten Hauptmächten geeinigt werden, Oesterreich in den Völkerbund aufgenommen sein wird.

Was Aufsehen erregt.

Die V. V. K. sind offiziös beauftragt mitzuteilen, daß der von und gestern besprochene Artikel der „Germania“ über das System Götting Aufsehen erregt habe. Die Maßnahmen Götting seien von der Reichsregierung und der preussischen Regierung sorgfältig geprüft und billigt worden. Man wird also künftig nicht mehr Herr Götting, sondern die Regierung für alles verantwortlich machen müssen, was in Oberösterreich geschieht. Es wird weiter mitgeteilt, daß Götting kein Rücktrittsgesuch eingereicht und auch nicht den Rücktritt des Grafen Perchtold verlangt habe. Schliesslich wird die Presse ermahnt, schwierige oberflächliche Frage nicht durch „undisziplinierter Seitenbrünge“ zu erschweren. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Presse alle das unbedenken weitergeben soll, was der Herr Staatskommissar zu melden hat, auf Befehl der Regierung. Wenn ein bürgerliches Blatt wie jetzt die „Germania“ die Wahrheit auf den Grund zu kommen sucht, so erregt bei der Regierung unliebsames Aufsehen. Wir für unsere Teil werden auch künftig so „undisziplinierter“ sein, um unsere eigene Meinung über die Vorgänge in Oberösterreich zu sagen.

Die Freigabe der Geiseln und Gefangenen.

Berlin, 2. September. In einer Mitteilung an General Dumas gerichteten Briefe der deutschen Waffenstillstandskommission in Rom sind dieser gebeten worden, sich für die Freigabe der bei dem Stand in Oberösterreich vor römischen Truppen nach Polen brachten Deutschen einzusetzen.

In ihrer Antwort teilte die französische Mission in Rom mit, daß der Inhalt der deutschen Note nach Paris übermittelte worden sei, um die Freilassung der Geiseln zu beschleunigen. Andererseits habe die internationale Kommission die sich in Oberösterreich befindet, die Freilassung zu beschleunigen, hat ebenfalls für die Freilassung und Heimkehr der Geiseln und Gefangenen einzusetzen. Der amerikanische

Oberst Goodbear, ein Mitglied der besagten Kommission, habe auch bereits mitgeteilt, daß er alles tun werde, um die Freilassung durchzusetzen.

Bedorftene Ententeverwaltung in Oberschlesien?

Wie aus Warschau gemeldet wird, hat der polnische Gesandte in Paris Graf J. am 24. August an das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten in Warschau folgende Depesche gerichtet: „Die polnische Abordnung des Friedenskongresses teilt dem Präsidenten des Vorkomitees mit, daß sich die Entente auf Karanig vorbereitet hat, an die Deutsche Regierung wegen einer vorgeschlagenen Einführung der Ententeverwaltung in Oberschlesien heranzutreten.“ Kurier Polonski meint dazu, dies sei ein bedeutender Erfolg, der zur raschen Entscheidung der polnischen Forderungen führe. Die polnische öffentliche Meinung werde diese Nachricht mit Befriedigung aufnehmen.

Korjanty als polnischer Vertreter bei der Volksabstimmung.

Wie die B. V. N. erfahren, ist Korjanty zum Vertreter Polens bei der Volksabstimmungskommission der Entente für Oberschlesien ernannt worden.

Die Gefangenenheimkehr.

Tägliche Beförderung von 6000 Mann.

Amsterdam, 3. September.

Die englischen Blätter vom 1. September melden, daß die britischen Behörden in der Lage sind, die Zahl der täglich heimzukehrenden deutschen Kriegsgefangenen auf 6000 zu erhöhen, sofern die deutschen Behörden die dafür notwendigen Eisenbahnzüge stellen.

Im Gefangenenlager Oranienburg soll es beim Bekanntheitwerden des Beschlusses der Obersten Räte, die deutschen Gefangenen heimzukehren, zu großen Freuden und Begehrungen kommen.

Eine amerikanische Stimme.

TU, Amsterdam, 3. September.

Aus New York wird gemeldet: „New York Sun“ schreibt: Die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen vor der Ratifikation des Friedensvertrages ist das Fernwünschteste, was man tun konnte. Die Arbeit der Gefangenen, die während des Krieges sehr nützlich war, ist nicht diejenige, die man jetzt notwendig hat. Die Unterhaltungskosten sind sehr hoch, und außerdem zeitigt die Anwesenheit der Gefangenen in den Gegenden, wo sie beschäftigt sind, Unruhe. Die Wiederherstellung normaler Verhältnisse wird schwieriger sein, wenn die Gefangenen in ihren bisherigen Aufenthaltsorten verbleiben. Außerdem braucht man sie heute in Deutschland zum Aufbau der deutschen Republik und zur Wiltisse bei Wiedergutmachungen der den Alliierten zugefügten Schäden.

Dumm und onmaßend.

Wie sahen und gestern genötigt, den Regierungsrat in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ unjanz auf die Finger zu klopfen, weil sie sich anlässlich des bei uns veröffentlichten Auszuges aus einem „Tempo“-Artikel herausnahmen, uns „nähere Beziehungen“ zu dem Verfasser des erwähnten Artikels vorzutragen. Heute müssen wir die Erklärung an den Goldschreiber der Regierung noch einmal wiederholen. Das halbamtliche Organ erwähnt den bei uns am 1. September veröffentlichten Artikel „Gegen Ludendorff“, in welchem Ludwig aus einer Denkschrift des französischen Großen Hauptquartiers wiedergegeben wurden, und bemerkt dazu:

„Eine Nachprüfung der Angaben der „Freiheit“ über die amtliche französische Denkschrift ist zur Zeit nicht möglich. Da diese uns noch nicht vorliegt, so ist aber wiederum sehr auffallend, daß von allen Berliner Zeitungen allein die „Freiheit“ in der Lage ist, aus einer amtlichen französischen Denkschrift offenbar ganz kurz nach deren Erscheinen bereits sehr ausführliche Mitteilungen zu machen. Zwischen der Schriftleitung des Berliner unabhängigen Organes und unseren Kollegen gegenüber können also tatsächlich ungewöhnlich gute und schnelle Verbindungen zu bestehen. Man wird auch weiterhin besonders darauf zu achten haben.“

Der Ton dieser Kritik der „D. N. B.“ erinnert lebhaft an die offiziellen Bistandens, die während des Krieges mit Vorliebe gegen oppositionelle Organe geschleudert wurden. Es ist bezeichnend, daß eine derartige Schreilweise sich wieder an die Öffentlichkeit wagt. Aufschneidend bereiten sich die Organisationsleiter des offiziellen Organes heizeln auf den erscheinenden Umsturz nach rechts vor. Wir wollen aber den Herren doch den Rat geben, sich damit nicht allzu sehr zu deilen und keinen so außerordentlichen Gebrauch von dem ihnen zusehenden Monopol der Dummheit und Unmaßung zu machen.

Austritt der unabhängigen Sozialdemokraten aus der braun-schwarzen Landesversammlung.

Braunschweig, 3. September.

Wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ meldet, sind die unabhängigen Sozialdemokraten heute aus der Landesversammlung ausgetreten mit der Begründung, daß die Landesversammlung dadurch gegen den parlamentarischen Anstand verstoßen habe, daß sie den Führer der Unabhängigen nicht habe zu Worte kommen lassen.

Die Bewaffnung des Bürgerturns.

Einem Flugblatt, das zum Eintritt in die Einwohnerwehren auffordert, entnehmen wir folgende Sätze:

Bewohner Berlins, erwacht aus dem verhängnisvollen Traum: es ginge auch ohne Euch! Erwacht und greift zu den Waffen! Unser Glück und Zukunft, die Zukunft der Allgemeinheit liegt in jedem von Euch. Weht es dem Vaterlande gut, geht es Euch allen gut.

Das gewaltlose Geschick darf nicht überhand nehmen, das nie und nimmer herrschen — sonst bleibt von dem einst so herrlichen Deutschland nichts übrig, als Gemeinheit und Verworfenheit, wuchernd auf der Erde, Ehre und Stolz moderner unter der Erde!

Wartet nicht noch, bis Euer Mütter, Frauen, Kinder und Bräute geschandert und wie die Tiere in die Gasse geschoben sind. Wartet nicht, bis Euer saurer verdientes Brot fortgeschleppt, Euer sauberes Heim von diesen Bestien vernichtet ist.

Es ist, ob jung, jeder eise mit Stolz und Begeisterung zu den Waffen! Nehmet es Euch zur Ehre an, in Reich und Arm unter der Führung unseres tapfersten deutschen Heeres, General von Lettow-Vorbeck, mitzukämpfen zu dürfen.

In diesem aufregenden Ton geht es weiter. Gegen wen geht diese Bewaffnung, und wer sind die Bestien, das Gefindel? Zur Bekämpfung des Vertriebens haben wir ja jetzt die militärische Sicherheitspolizei, es kann also nur die revolutionäre Arbeiterklasse damit gemeint sein. Zweifelhaft nach diesen heberischen Leistungen noch jemand an dem gegenrevolutionären Charakter der Einwohnerwehren?

In einem Berliner Stadtbezirk wurden in der vorigen Woche Einladungen folgenden Inhalts an die Mitglieder der Einwohnerwehr verschickt:

E. M. Bezirk 6.

Re. . . .

Am Donnerstag, den 28. August, abends in der Zeit von 10 bis 10 Uhr, ist im Polizeigebäude, Ecke Georgenlied- und Friedenstraße — und zwar Eingang Friedenstr. 2, 11 Treppen — ein Gewehr in Empfang zu nehmen. Genügend Papier oder eine Karte sind mitzubringen, damit die Waffe gut verpackt werden kann.

Dieser Zettel sowie die Ausweise der Wehr sind bei Empfangnahme vorzulegen.

Die Bezirksleitung, A. O.

Für die Bewaffnung des Bürgerturns wird also ein Polizeigebäude zur Verfügung gestellt. In späteren Abendsstunden müssen die Waffen abgeholt und sorgfältig verpackt werden. In aller Heimlichkeit geht dieses Treiben vor sich. Nach dem oben abgedruckten Flugblatt kann es gar keinem Zweifel unterliegen, gegen wen es sich richtet.

Die deutsch-russische Offiziersherrschaft in Lettland.

Die lettischen Blätter bringen über den organisierten Militärputsch in Mitau, der jetzt vom Großen Golt wiederum einmal „bedauert“ wird, noch folgende Einzelheiten:

Mitau und die umliegenden Güter sind seit geraumer Zeit der Sitz deutscher und russischer Konterrevolutionäre. Hier werden patriotische Mörder gefangen und Folter veranlassen. Selt und Wein kommen reichlich aus Deutschland, Lebensmittel und Weibermut die Verödung der Umgebung liefern. Hier leben wieder Hoch Wilhelm, Ludendorff und die Romanows. Unter den Offizieren der Abteilung Keller ist etwa der vierte Teil russischer Abstammung, die Mannschaften bestehen zu 90 Proz. aus deutschen Freiwilligen. In Mitau hat das reaktionäre Gefindel den Sitz seines Stabes. Hier sitzen die Soldatenführer: Golt, Bischoff und Vermoht, hier treiben sich gewesene Ehrenpolitisten vom Jahre 1906 und Kreiddecks vom Schlage eines Hofmann herum. Baltische Barone halten hier ihre geheimen Sitzungen ab, zu denen dann und wann auch die früheren „Minister“ Rudra, Kupische und Weislin eingeladen wurden. Diese drei Herren müssen auch für die nötige Propagandaliteratur in lettischer Sprache sorgen. Bei dem Raubüberfall in Mitau haben deutsche Offiziere in der Reserve des 2. lettischen Regiments offen gesagt: „Wir müssen Rudra wieder zu unserem „Stabspräsidenten“ machen, dann kann aus Lettland noch ein selbständiges Herzogtum“ und andere Gefangenen und Soldaten hier angeführt werden.“ Nach Vorhaltung und Entlassung der lettischen Soldaten schlug ein Vorgesetzter vor, „das ganze lettische Gefindel“ in eine Scheune zu bringen und diese dann anzuzünden. Von den Soldaten wollte man die Adressen der Privatwohnungen der lettischen Offiziere erfahren. Diesen rief ein polnischer Offizier der Abteilung Keller, sich zu versetzen, da alle lettischen Offiziere wahrheitsfalsch erschossen werden würden. Ausgeplündert wurde die eine lettische Bank und die Kasse des Bezirksvorstehers. In der Abteilung der Reichsbank hat man versucht, die Geldkassette zu sprengen. Die Werkstätten und die Reserve des 2. lettischen Regiments sind vollständig ausgeplündert worden. Ähnlich ist es auf den Kommandanturen in der Umgebung Mitaus hergegangen.“

Die Mitauer Ereignisse kamen am 28. August wohl im lettischen Volksrat zur Sprache, wobei die folgende, von den Sozialdemokraten eingebrachte Entschließung einstimmig angenommen wurde:

„In Betracht ziehend, erstens, daß zum Ausbau und zur Befestigung einer demokratischen selbständigen, unabhängigen Republik Lettland eine starke und gut bewaffnete Armee notwendig ist, zweitens, daß Lettland in erster Linie von reichsdeutschen Truppen und Truppen der Abteilung Keller bedroht ist, die lettische Truppenabteilungen angegriffen, lettische Kommandanturen geplündert, und, nachdem sie einen bewaffneten Überfall provoziert, eben einen Angriff auf Riga vorbereiten, protestiert der Volksrat auf das schärfste gegen den Überfall der Truppen des Großen Golt und der Abteilung Keller. Er protestiert auch weiter dagegen, daß diese Truppenabteilungen, hinter denen alle Feinde der demokratischen lettischen Republik stehen, immer noch sich in Lettland befinden. Indem er die Regierung auf diese neue Gefahr aufmerksam macht, fordert er dieselbe auf, alles zu tun, damit die lettische Armee bewaffnet und vergrößert wird und wendet sich an das ganze Volk Lettlands mit dem Wunsche, geschlossen wie ein Mann für die demokratische Republik Lettland einzutreten.“

Die hier geschilderten Vorgänge beweisen, wie sehr sie die deutsche Öffentlichkeit zu interessieren haben. Aber alle Verunsicherungen und moralische Reueversuche für Herrn von der Golt werden es nicht verhindern, daß die Wahrheit über diese baltischen Abenteuer doch ans Licht kommt.

Spaltung in der lettischen Armee.

Bur Lage im Baltikum hören die B. V. N., daß sich dort nunmehr bei den deutschen Prokorps zwei Schatt von einander getrennte Gruppen unterscheiden lassen. Die eine, die im wesentlichen durch die Eisernen Division vertreten ist, hat wirtschaftliche Vorteile aller Art geendet. Die übrigen Gruppen kämpfen im Verfolg des idealen Gebankens, daß der Bolschewismus den Tod jeder Kultur des Landes bedeutet.

Dazu bemerkt das offizielle Organ, daß die Entente die Ausschaltung jeglichen russischen Einflusses in Lettland, Litland und Estland fordere. Die baltischen Vertreter der Entente wären zwar geneigt, mit den Deutschen im gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus zu partizipieren, aber

diese lokalen Verbände hätten mit ihren Ideen bis jetzt in London und Paris noch nicht durchdringen können. Gewisse Konzeptionen seien allerdings in der anderen Richtung bereits erfolgt.

Der Kampf gegen Sowjetrußland.

Ein neuer Sieg der Bolschewisten über Denikin.

Amsterdam, 3. September.

Wie die Londoner Blätter vom 1. September berichten, melden die Bolschewisten einen weiteren Sieg über Denikin. Sie haben der Division des Generals Sutow ein Niederlage beigebracht und vier Freiwilligenregimenter gefangen genommen.

Die Kosten der englischen Intervention in Rußland.

HN, Oung, 3. September.

Aus London wird gemeldet: „Daily News“ veröffentlicht einen Artikel gegen die Intervention in Rußland, der von dem Parlamentariermitglied Kenworthy verfaßt ist. Dieser behauptet, daß dieser Krieg täglich eine Million Pfund Sterling koste und daß Frankreich, Italien, Griechenland, Rumänien, Polen, Finnland, Estland und Lettland samtlich mit britischen Gold unterstützt würden. Wie lange, fraglich Newcombs, wird sich der Drang zur Sparsamkeit darauf beschränken, die Luftschiffe abzuschießen, Flugplätze zu schließen und einzelne Angestellte zu entlassen?

Eisenbahnerstreik in Oesterreich.

Wien, 3. September.

Eine Versammlung der Südbahnbediensteten, die teilweise sehr lärmend verlief, beschloß gestern abend den sofortigen allgemeinen Streik. Die Angestellten der Staatsbahnen dürften sich dem Streik heute anschließen. Es handelt sich um finanzielle Forderungen, die die Regierung nicht mehr erfüllen zu können glaubt.

Wien, 3. September.

Der gesamte Verkehr der Südbahn ist infolge allgemeinen Ausfalls von heute eingestellt. Nach übereinstimmenden Meldungen haben die Angestellten der Staatsbahnen beschlossen, die Entschädigung über eine Beteiligung am Ausstand bis zum 10. September zu verhandeln. Inzwischen werden Verhandlungen mit der Regierung gepflogen.

Die Erschießung der Münchener Geiseln vor Gericht.

In der weiteren Verhandlung erklärte der Angeklagte Schreiner sich, daß er das Treiben im Gymnasium längst satt gehabt habe und zur Zeit der Geiselnahme fort wollte. Er mußte jedoch zugeben, daß er den Zettel mit dem Todesurteil ins Gymnasium getragen und dabei unterwegs gelesen habe, also wußte, um was es sich handelte. Der Angeklagte Miedel ist der erste, der erklärt: „Ja, ich habe mitgeschossen!“ Er beschuldigt in schmerzlicher Weise den Angeklagten Schildhoyer, der die Kartuschen für die Todesurteile in einem japanischen Blutstrauch gesammelt habe und die einzelnen Soldaten auf den Hof hinausführte, um möglichst viel Schützen zusammenzubekommen.

In der Verhandlung am Mittwoch war von besonderem Interesse die Vernehmung des 24jährigen Kriften Geiselmann, des Schreibers des Hauptangestellten Seidel. Seine Aussagen waren außerordentlich belastend für Seidl. Dieser habe immer mit Erschienen gesprochen und sich gegen Befehle und Geiseln weigert bekommen. Er habe ständig den Revolver in der Hand gehabt und auf jede Denunziation hin Postbefehle erteilt. Seidl habe die gefangenen Weisendischen vernommen und ihnen mit vorgehaltenem Revolver Geiseln erzwungen. Auf einen Vorwurf habe Seidl erwidert: „Das haben die Leute in der Kaserne getan.“ Nachmittags habe Seidl den schriftlichen Geiselnordbefehl Schildhoyers mit folgenden Worten empfangen: „Darauf wollte ich schon lange. Endlich hat Schildhoyer sich besonnen und eingeschrieben, daß man es so machen muß.“ Als die Leute ihre Abhaltung androhten, habe Seidl gesagt: „Erlaubt mir die Geiseln erschossen werden, sonst sind ja keine Leute mehr dazu da.“ Dauchmann habe dann die Geiseln ausgeführt, Seidl habe sie notiert, und auch er habe ohne Grund mitgeschossen. Er leugnete entschieden, daß er sich an der Ausführung der ermordeten geiseln beteiligt habe und sagte auch, daß die Hauptbedeutung dieser nicht gefahrt worden seien. Er behauptete auf eine Anfrage des Vorsitzenden den Brigaden Führer auch als einen Mörder zu betrachten. Der Angeklagte erklärte weiter, Dauchmann habe die Erschießung geleitet und Schildhoyer inzwischen Leute für den Transport ausgeführt. Auf Befragen sagte der Angeklagte: „Ich bin immer zu Seidl kam, hat er mich gefragt: „Wer kommt jetzt ran (an die Erschießung)?“ Ich antwortete: „Ich weiß nicht.“ Beim Thurm und Taxis sei Seidl noch etwas vorgeführt worden, weil er seine Identität mit dem gesuchten Fürsten leugnete. Seidl habe gesagt: „Ich habe jetzt keine Zeit, und die übrigen im Zimmer haben geflüchtet: „Immer raus mit dem.“ Über diese Hände entsetzt, sei er nach Hause gegangen und nicht mehr ins Gymnasium gekommen.

Auch im Laufe der heutigen Verhandlung kommt es zu einem Zwischenfall zwischen Seidl und dem Vorsitzenden, weil dieser einem Angeklagten in einer Sache weitere Fragen stellte, nachdem dieser zuvor erklärt hatte, sich nicht mehr erlernen zu können.

„Ausschließung der Reichwehrruppen aus Mittweida. Die Reichwehrruppen, welche am 20. in Mittweida einrückten, werden im Laufe des 1. September aus der Stadt zurückgezogen. Während der Verlegung ist es zu keinerlei Unruhen gekommen.“

Polenreise nach England erlaubt. Von jetzt an sind wieder Polenreise ohne Verlangung und ohne Nachnahme im Verkehr zwischen dem unbesetzten Deutschland und Großbritannien und Irland zulässig. Die Prolegatur beträgt bis auf weiteres 1 P. 20 W. für das Paket. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten.

Das den Wiedereinstieg betreffende Arbeitsgebiet wird, wie amtlich mitgeteilt wird, unter vorläufiger Verbehalten der bisherigen Arbeitsräume von dem Reichswirtschaftsministerium verwaltet.

Die Beschränkung im Telegrammverkehr nach dem Ausland, darunter auch das Verbot der Auslieferung von Auslands telegrammen durch Fernsprecher, sind aufgehoben worden.

Deutsche Dampfer im amerikanischen Dienst. „Daily Telegraph“ meldet aus New-York, daß die Internationale Mercantile Marine Korporation demnach die großen Passagierdampfer „Leviathan“, „George Washington“ und „America“ übernehmen werde. Diese drei Dampfer haben sämtlich in deutschem Besitz. Die Schiffe werden dem Dienst zwischen New-York, Southampton und Liverpool im Wettbewerb mit den englischen Schiffgesellschaften aufnehmen.

Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte.

Die gestrige Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte nahm Stellung zu der

Vollordnung des Zentralrats

Wie zu dem Erlaß des Zentralrats gegen den „roten“ Vollzugsrat. Der Redner der U. S. P. D., Genosse Dämmig, leitete seine Ausführungen mit der Erklärung ein, daß mit dem heutigen Tage ein Wendepunkt in der Arbeiterbewegung eingetreten sei, dessen Tragweite sich die Arbeiter bewußt werden müßten. Die offene Kampfanlage des Zentralrats bedeute die Kampfstellung der Rechtssozialisten gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Genosse Dämmig wiederholte dann im wesentlichen die gleichen Gedanken, die er schon in der Fraktionsfassung der Arbeiterräte und Bezirksfunktionäre der U. S. P. D. vorgetragen hatte und die wir in der Dienstag-Morgenansprache der „Freiheit“ wiedergegeben haben. Er forderte die revolutionäre Arbeiterbewegung auf, nun erst recht den von ihr erwählten Vollzugsrat anzuerkennen. Er bemerkte, daß die Dinge auch in der Praxis ihre Konsequenzen hätten und daß es mit abnehmen dem Wöcheln nicht allein gelte sei. Eine Körperlichkeit, die aus dem Recht bestehe, aus eigenem Recht seit dreiviertel Jahren hinweg zu sein, könne keine Befehle von außen entgegennehmen. Die Herrschaft des Zentralrats seien immer mit der Demokratie harmonieren gegangen, wo ihnen dies oder unbenommen werde, hinstimmen sie sich den Teufel darum. Dämmig erklärte, daß endgültig und radikal mit dem Zentralrat gebrochen werden müsse, man müsse versuchen, aus eigenen Kräften eine Zentralisierung aller revolutionären Arbeiterräte Deutschlands herbeizuführen. (Sehr gut.) Der Redner forderte schließlich die revolutionären Arbeiterräte auf, nicht die Fingel schließen zu wollen, sondern in den Betrieben auf dem Posten zu sein. Dämmig wies zum Schluß die beiden Resolutionen, die wir an anderer Stelle wiedergaben. (Beifall.)

Nebel (U. S. P. D.): Wir müssen dem Zentralrat jede Dankschuldigung absprechen. Wir müssen an den Aufbau des revolutionären Arbeiterbewegungs mit allen Kräften gehen, um den Willen des revolutionären Proletariats auszuführen. Wir werden alle unsere Kräfte zusammenschließen zur Durchsetzung unserer Ziele: der Befestigung der kapitalistischen Weltordnung, der Festhaltung und der Verschärfung des Klassenkampfes, als dem revolutionären Proletariat Antipode zwischen die Beine zu werfen. Wir müssen alle Kräfte zusammenschließen, und nicht auf einen Punkt festlegen, sondern in streifenförmig über ganz Deutschland ausbreiten. (Beifall.)

Die einstimmige Auffassung der Vollversammlung über diese Frage gab sich darin kund, daß auf jede Diskussion verzichtet wurde und die beiden Resolutionen einstimmig Annahme gefunden.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: der Wiederaufbau in den zerstörten Gebieten.

Genosse Matzahn (U. S. P. D.): In Gemeinschaft mit der Gewerkschaftskommission und den Vertretern der Arbeitslosen haben wir uns mit der Frage des Wiederaufbaus beschäftigt. Wir haben die Beteiligung am Wiederaufbau davon abhängig gemacht, daß die Freiheit in eigenen Lande gesichert ist. Wir verlangen deshalb vor allen Dingen Aufhebung der Schutzhaft und Freilassung der politischen Gefangenen. Wir können es nicht verantworten, daß unsere Genossen ohne weiteres nach Frankreich gehen, um die Schäden des imperialistischen Deutschlands zu beheben. Wir verlangen beim Wiederaufbau die Aufhebung der Schutzhaft und Staatsverträge, da sie sich zu sehr den kapitalistischen Tendenzen leiten läßt. Das wesentliche Ziel bei dem Wiederaufbau selbst in die Hand nehmen. Wir können uns deshalb nur daran beteiligen, wenn die Leitung und die Kontrolle in den Hände des werktätigen Volkes liegt. Es sollen drei Hauptaufgaben gestellt werden (hier wies Genosse Matzahn auf die bereits veröffentlichte programmatische Forderung des Vollzugsrats hin den Wiederaufbau). Die Arbeit soll nicht unter dem kapitalistischen Sklavensystem verrichtet werden, sondern aller Welt soll durch diesen Aufbau kumpeln werden, daß es sich um ein Stück sozialistischer Aufbau handelt. Der Redner wies auf die bereits erfolgte Befreiung von dem Großkapital hin, besonders auf die Ermahnungen mit dem Kommandeur Oberland. Eine Kommission dieser kapitalistischen Interessenkreise habe die Gebiete bereist und als erste Tat habe sie die Bewirtschaftung der Deckschicht der Wälder und Brändekommission verboten.

Gen. (U. S. P. D.) legte dar, daß die Forderungen der Aufhebung des Unternehmertums (Wunden aus den Wunden) gelassen sei. Das Unternehmertum müsse sowohl aus ethischen als moralischen als auch aus technischen Gründen aufgehoben werden. Er wies auf Rußland hin. Da gelte es auszuweichen, da sei Platz für unsere Arbeiter, im proletarischen Rußland sei Platz auch für die proletarische Intelligenz. Dieser Weg ist vernünftig und vernagelt. Wir wollen nicht eher anfangen mit dem Aufbau, bis das Morde und Brandtümern in der ganzen Welt eingestrichelt ist. (Beifall.)

In der Diskussion sprach die Genossin Klasse (U. S. P. D.) ebenfalls für völlige Ablehnung der Beteiligung am Wiederaufbau. Auch sie wies auf Rußland hin, daß die einzige Stelle sei, wo wir unsere Arbeiter hinführen könnten. (Beifall.)

Gen. (U. S. P. D.) widerspricht diesen beiden Rednern, da wir auf solche Weise unsere sozialistischen Brüder in Frankreich und Spanien nicht näher kämen. Der Redner betonte, daß er früher selbst in Frankreich tätig gewesen sei und daß die dortigen Genossen es nicht zugeben würden, daß die deutschen Arbeiter in dem Wiederaufbaugebiet eingeschlossen werden. Es gebe dort auch andere als Rechtssozialisten. Er behauptete, daß man den dortigen sozialistischen Brüdern so wenig antue.

Wandertag und Kohlen (U. S. P. D.) sprachen ebenfalls im Sinne ihrer Parteigenossen.

Genosse Matzahn (U. S. P. D.) sagte in seinem Schlußwort, er verheißt, daß man sich auf die Ablehnung des Wiederaufbaus sein Wort. Wer man dürfe sich nicht von der Regierung, sondern man müsse sich von Grund auf leiten lassen. Die Proklamierung des Vollzugsrats, nämlich das Abschließen, es schaffe freie Bahn für den Sozialismus. Wenn wir an die Macht gelangt sind, werden wir selbstverständlich die engste Verbindung mit Rußland erstreben, aber das kann und nicht abhaken, am Wiederaufbau nach unseren Grundsätzen mitzuwirken. Die Proklamierung des Vollzugsrats wurde darauf mit großer Mehrheit angenommen.

Die Vollversammlung wendete sich dann der Beratung der Kohlenfrage

Gen. (U. S. P. D.) berichtete über eine Sitzung der Kohlenfrage (U. S. P. D.) über eine Sitzung der Kohlenfrage, die er im Auftrag seiner Partei mit noch anderen Arbeiterräten unternommen hatte. Die Genossen haben von Anfang an 28 Wochen bereit und gehalten, was dort vorgeht. Auf jeder Seite liegen dreiviertel Millionen Tonnen, zusammen also mindestens 50 Millionen Tonnen Kohlen auf den Bahnen. Das sei keine tolle Schätzung,

sondern das seien Feststellungen, die in enger Verbindung mit den Bergarbeitern gemacht worden seien. Die Genossen haben untersucht, woran das liegt. Sie haben gefunden, daß hunderte, ja tausende Waggons auf den Bahnhöfen stehen und nicht in Betrieb gesetzt werden. Ebenso weit über 100 Lokomotiven. Sie wurden auch beim Staatskommissar Hörsing vorstellt und fragten dort an, warum die Kohlen nicht abtransportiert würden. Hörsing erwiderte ihnen, daß der Kohlenkommissar die Kohlen beschlagnahmt habe und den Abtransport verhindere. Die Genossen fragten Hörsing dann weiter, was er zu tun gedenke, wenn sie beim Reichskohlenkommissar die Freigabe der Kohlen erwirkten. Darauf antwortete ihnen Hörsing, daß er dann selbstverständlich für den Abtransport sorgen würde. Der Reichskohlenkommissar habe die Freigabe der dort lagernden Kohlen abgelehnt, trotzdem die Genossen ihm erklärten, daß sie alle Unterlagen für die Transportmöglichkeiten hätten. Dann waren die Genossen auch noch in Fürstenberg und fanden dort im Kohlenhafen 750 Waggons Ladebereit stehen. Die Arbeiter müssen entlassen werden, weil die Betriebe keine Kohle erhalten. Elektricitätswerke müssen stillstehen, trotzdem in nicht allzu großer Entfernung Gundersie von Genieuren Kohle liegen.

Genosse Richard Müller: Tatsache ist, daß Kohlenmangel herrscht und deswegen Betriebe geschlossen werden müssen. Das ist die Wahrheit, das im Winter droht, ist gar nicht abzusehen. Es ist aber Schwindel, wenn behauptet wird, daß diese Kohlen eine Folge der Streiks sei. Nur weil der Transport auf der Bahn billiger ist, als die Dinnenschiffahrt, werden die Kohlen nicht auf dem Wasserwege befördert. Hier macht sich der kapitalistische Gewinn in einem Maße bemerkbar, daß er direkt gefährlich wird, und den Zusammenbruch bedroht. Wir werden Material sammeln und es der nächsten Vollversammlung unterbreiten. Es kommen dann auch noch andere Fragen hinzu, die gleichfalls sehr brennend werden. Die Arbeiter werden jetzt mit Steuerzetteln beglückt. Die Arbeiter der Betriebe, die während des Krieges das Postanjanntur gehabt haben, erhalten hohe Steuerföhe, die Arbeiter sollen gleich zwei Quartale bezahlen. Die Summen bewegen sich zwischen dreihundert bis siebenhundert Mark. Das können natürlich die wenigsten bezahlen, und es droht ihnen deshalb Beschlagnahme der Löhne. Auch damit muß sich die nächste Vollversammlung beschäftigen, die möglichst bald einberufen werden soll.

Damit war die Tagesordnung erschöpft und die Vollversammlung wurde geschlossen.

Durch den Austritt der drei Mitglieder der U. S. P. D. aus dem Vollzugsrat, an deren Stelle die Genossen Heinen, Riedel und Gyner gewählt worden sind, hat sich die Neuorganisation des Vollzugsrats notwendig gemacht. — Unter dem Vorsitz von Richard Müller wurde an Stelle des amtierenden Genossen Kesch der Genosse Heinen als Vorsitzender gewählt.

Schlummer als unter Kessel.

Die Handhabung der Schutzhaft durch Herrn von Kessel führte bekanntlich im Jahre 1918 zu den härmlichen Debatten im Reichstag, bei denen Genosse Dittmann die Werkzeuge Kessels, die Kriegsgerichtsstände Heß, Schöningh und Frankfurter, als Menschenfeinde bezeichnete. Die Folge jener Kritik, der Redner soll aber Parteien zustimmen, war das der Initiative des Reichstags entzogene Schutzhaftgesetz vom 4. Dezember 1918, das aber nicht einmal genügt, um die schlimmsten Anschläge der Schutzhaftschande zu bestrafen. Mit dem 9. November verjähren dank der revolutionären Erhebung der Arbeiter und Soldaten mit dem Belagerungsstand auch das Schutzhaftgesetz. Der „Kornkäse“ machte damals so aufmerksam über die persönliche Freiheit, daß er Peter und Morbio schrieb, als in einzelnen Orten ein paar offene Gegenrevolutionäre für einige Tage in mit allem Komfort ausgestatteten Hotels festgesetzt wurden. Als aber seit den Januartagen die Gegenrevolution mit Hilfe Kessels und seiner Offiziere die Arbeiter politisch zu hiebeln begann, hatte das Wort nichts dagegen abzuwenden. Seitdem hat die Schutzhaftschande eine Ausdehnung genommen, die jene zu Zeiten Kessels in den Schatten stellt. Auf Grund der unzulässigen Spitzelberichte werden revolutionäre Arbeiter monatelang eingesperrt, unter Verletzung der nicht besser sind als für Straßenszene. Hier in Berlin sind Schutzhaftgesangene viele Monate in Kreuzer Einzelhaft gehalten worden. Diese dem Schutzhaftgesetz widersprechende Anordnung hat auch jetzt noch immer nicht aufgehört. Eine der empfindlichsten Maßnahmen ist die Verhängung der Schutzhaft gegen den 15-jährigen Genossen Georg Müller, der laut eigenhändiger Unterschrift Kessels die „Sicherheit des Reichs“ gefährdet soll. Auch Müller befindet sich seit vielen Wochen in Einzelhaft.

Das Reichsmilitärgericht, das die Beschwerden gegen die Anordnung der Schutzhaft zu prüfen hat, kommt dieser Pflicht in einer Weise nach, die keineswegs dem Gesetz entspricht. Sobald es auf Grund der Akten die Ansicht gewinnt, daß die Haft unangemessen ist, spricht es nicht etwa Haftentlassung aus, sondern ersucht die Militärbehörden um Beschaffung weiterer Material. So wird die im Schutzhaftgesetz vorgesehene Entscheidung auf die Befehlsverordnungen hinausgezögert, und Personen, gegen die absolut nichts vorliegt, sitzen durch Schuld des Reichsmilitärgerichts monatelang in qualvoller Ungeheißheit über ihr Schicksal in Haft.

Bei der Entscheidung über die Beschwerden bezieht das Reichsmilitärgericht ebenfalls häufig willkürlich an Stelle der im Gesetz geforderten „Tatsachen“ begnügt es sich mit bloßen Vermutungen und Deduktionen. So wurde die Beschwerde des Genossen Dr. Ernst Meyer bereits zweimal verworfen, weil, wie das Reichsmilitärgericht behauptet, die Ziele der kommunistischen Partei „nur“ durch Gewalt zu erreichen sind. Das Reichsmilitärgericht macht dabei gar nicht erst den Versuch nachzuweisen, daß der seit Anfang März in Schutzhaft befindliche Dr. Meyer sich an Gewaltthaten beteiligt oder auch nur solche Maßnahmen empfohlen habe: der Inhalt des Programms der U. S. P. D. läßt sich nach Ansicht des Reichsmilitärgerichts gar nicht anders als durch Gewalt durchführen.

Die Richter, die sich ein solches Urteil über die Verwirklichung des Sozialismus erlauben, sind die gleichen, die unter dem militärischen Regime selbst die heftigsten Kritik an dem preussischen Militarismus mit den schwersten Strafen erduldeten. Der Vorsitzende des Schutzhaftsenats, ein Reichsmilitärgerichtsrat Wäberger, war z. B. Richter des Reichsmilitärgerichts, das die Lebenszeit Freiheitsstrafe von 4 Jahren verhängte. Die Richter und Offiziere, denen der Sozialismus fremd ist und die

alle Revolutionäre hassen, sitzen heute im Auftrage eines „sozialistischen“ Reichswehrministers über wirkliche Sozialisten zu Gericht, um zu beurteilen, wie der Sozialismus zu verwirklichen ist. Am glänzendsten pflegt einer der Reichsmilitärgerichtsräte, der Kesse bei der Begründung der Haftanordnung zu vertreten hat, seine Aufgabe zu lösen: er erklärt in den Willkürs regelmäßig, daß der Kommunismus überhaupt nicht zu verwirklichen sei, da, wie die Geschichte lehrt, alle kommunistischen Bestrebungen bisher gescheitert seien.

Bei einer derartigen Stellungnahme des Reichsmilitärgerichts nimmt es kein Wunder, daß Herr Kesse die Nationalversammlung beschworen hat, die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit hinauszuschieben und auf jeden Fall das Reichsmilitärgericht noch weiter arbeiten zu lassen.

Zum internationalen Jugendtag.

Schon lange vor dem Kriege hatte die sozialistische Bewegung ihr einigendes Band um die Arbeiterjugend geschlossen: bereits im Jahre 1906 ist die internationale Verbindung der sozialistischen Jugendorganisationen ins Leben gerufen worden und im darauffolgenden Jahr fand ihr erster Kongress in Stuttgart statt. Aus den heimischen Anfängen der nationalen Jugendorganisationen ist dann im Laufe weniger Jahre eine sehr beachtenswerte Jugendinternationale geworden, die nach einem im Jahre 1918 erschienenen Bericht des Internationalen Bureau rund 120 000 organisierte Jugendliche umfaßt. Dessen entfallen allein auf Deutschland 50 000 Mitglieder und diese Zahlen werden sich, wenn auch darüber keine statistischen Angaben vorliegen, bis zum Kriegsende ganz beträchtlich vergrößert haben, so daß man mit Recht sagen kann, daß der Internationale der Proletariat diejenige der Jugend wirklich zur Seite stand.

Die Ziele der Jugendorganisationen in den einzelnen Ländern waren nun aber keineswegs überall die gleichen. Je nach der wirtschaftlichen Struktur des Landes, nach der Schärfe der Klassengegensätze, nach der Organisationsform der sozialistischen Arbeiterbewegung wechselte der Charakter der Jugendbewegung. Über eines war den der Jugendinternationale angehörenden Organisationen dennoch gemein: der Kampf gegen den Militarismus. Nur in Deutschland, Österreich und in Holland war die antimilitaristische Propaganda verboten. Nichtsdestoweniger hat es aber in diesen drei Ländern genug jugendliche gegeben, die, insbesondere in Preußen-Deutschland, den Kampf gegen den Schicksal des Sozialismus unerschrocken aufnahmen. In Deutschland hat Karl Liebknecht in seiner Broschüre „Militarismus und Antimilitarismus“ den mehr oder minder offenen Kampf der sozialistischen Jugend gegen die deutsche Säbelhieberei skizziert.

Mit dem Ausbruch des Krieges wurden die so hoffnungsvoll zwischen den Jugendlichen aller Länder geknüpften Bande jäh gerissen. Mit stündlichen Herzen mühten die Jungen dem Befehl der blindwütigen Militärischen gehorchen und auf die „feindlichen“ Klassenossen schiessen, unter denen manch junges Blut war. Aber schon war überall Auflehnung unter der Jugend: Gohorjambabweigerung, Nichtbeachtung der Befehlsgewalt usw., waren die Mittel, mit denen sozialistische Jugendliche gegen den unbefehlten Dörsenrod rebellierten. Und über Schützengräben, Dackelverhau und Granatwerfer hinweg gelobte sich die Jugend im Dörsenrod, am gegebenen Tage die Hände wieder ineinander zu legen.

Dieser Tag kam mit der Revolution. Im Ru hatte die sozialistische Jugend ihre Aufgabe erfüllt: von den Schlachtfeldern des Kapitalis eine mancher Jugendgenosse auf die Schenken des Proletariats und hat seinen Mut und seine Begeisterung für den Sozialismus mit seinem Leben bezeugt. Aber auch der Gedanke der internationalen Zusammengehörigkeit wurde und der Ruf über die Grenzen: „Brüder, Schwestern, reißt euch die Hände!“ fand bald überall tiefes Echo.

Und nun am 7. September soll der Bund, den die internationale sozialistische Jugend 1906 geschlossen hatte, erneuert werden: in allen Ländern, in Deutschland, Österreich, Rußland, Ungarn, Frankreich, England, Schweden, Norwegen und in der Schweiz, ob die Länder von der Revolution erobert sind oder noch nicht: die Jugend wird ihren Willen der internationalen Zusammengehörigkeit, ihren Willen, in der sozialistischen Arbeiterbewegung die Wachtgarden zu bilden, aufs neue manifestieren. Und die Jugend wird diesem Endkampf zwischen Kapital und Arbeit die höchste Weisheit geben.

Wer für uns jugendliche in Deutschland kommt nach etwas anderes in Betracht: Wir müssen mit Nachdruck verlangen, daß man nun endlich auch im revolutionären Deutschland den wirtschaftlichen Forderungen der Jugend Rechnung trägt: Verbot der Gewerkschaft für jugendliche unter 16 Jahren und Ausdehnung der Schutzhaft bis zu diesem Alter; zwölfjährige Arbeitszeit; ausreichende Entlohnung der Lehrlinge; Erziehung von Staatslehrlingen; Reorganisation des Behelfs- und Fortbildungsinstitutes; Abschaffung der Nacharbeit für Jugendliche; Einführung des Schichtarbeitertages; Beseitigung des wirtschaftlichen und politischen Minderwertes für die Jugend; Schaffung eines Jugendgerichtes usw. Von diesen Forderungen, denen sich kein Sozialist verweigern kann, ist bisher nichts vernommen, wohl aber hat man Ermahnungen für die Freiwilligen unter den Jugendlichen betrieblen, wogegen die Arbeiterjugend an diesen Orten Deutschlands protestierte.

So hat der 7. September für die deutsche sozialistische Jugend eine dreifache Bedeutung: erpsen sollen die Jungen ein Bewusstsein zum Sozialismus ablegen, zweitens haben wie den Bruderbund mit den sozialistischen Jugendorganisationen der Internationale zu erneuern, und drittens endlich muß in allen zu veranlassenden Versammlungen das Wort erklingen: Wir fordern unsere Rechte, Proletariat Deutschlands!

Diese drei Gedanken werden die Jungen befehlen und das alte Jugendlich wird wie ehedem erklingen:

Wir sind die Junge Garde des Proletariats!

Aus der Partei.

Gemeinbevollziehungsbesprechung im Bezirk Magdeburg-Anhalt.

Am 30. und 31. August waren in Magdeburg die Gemeinbevollziehungsbesprechung im Bezirk Magdeburg-Anhalt. Am 30. und 31. August waren in Magdeburg die Gemeinbevollziehungsbesprechung im Bezirk Magdeburg-Anhalt. Am 30. und 31. August waren in Magdeburg die Gemeinbevollziehungsbesprechung im Bezirk Magdeburg-Anhalt.

